

Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Wahl der Listenplätze

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,
Ich liebe und genieße das Leben auf dieser Erde!
Aber zufrieden sein bedeutet nicht, sich zufrieden zu geben!

Seit dem GAU von Tschernobyl 1986 engagiere ich mich gegen Atomkraft. Damals in der Deutschen Postgewerkschaft genauso wie 2011 bei dem atomaren Unglück von Fukushima. Zum Zeitpunkt der Atomkatastrophe war ich gerade mit einem meiner Söhne mit einem Sonderzug von „ausgestrahlt“ in Stuttgart, um gegen das Atomkraftwerk Neckarwestheim zu demonstrieren. Wieder zu Hause organisierte ich die Mahnwachen Vorort. Aus der Arbeit gegen Atomkraft entwickelte sich mein Engagement für eine dezentrale Energieversorgung aus erneuerbarer Energie.

Als Vorstandsmitglied einer Bürgerenergiegenossenschaft erlebe ich hautnah, wie mit aller Kraft versucht wird, zentrale Strukturen zu erhalten, Energiekonzerne zu unterstützen und Bürgerinnenengagement zu behindern. So werden durch Ausschreibungsverfahren die Energiegenossenschaften stark zurückgedrängt und der Ausbau reglementiert. Auch die Nutzung von Dächern zur Energiegewinnung auf z.B. öffentlichen Gebäuden wird mit diesem Erneuerbare-Energien-Gesetz erschwert. Uns allen ist bewusst, dass wir für die Energiewende einen rasanten Ausbau der Erneuerbaren Energie benötigen, um das Fortschreiten des Klimawandels erfolgreich bremsen zu können. Dezentralität macht mehr Investitionen an PV-Anlagen auf den Dächern, in der Fläche, bei Wind und bei Batteriespeichern durch BürgerInnen möglich und erhöht so die Akzeptanz. Diese Form der Energieversorgung stärkt das Gemeinschaftsgefühl und unterstützt die Wertschöpfung in der Gemeinde. Ganz nebenbei entstehen neue und zukunftsorientierte Arbeitsplätze auch vor Ort.

Die neue Energiewende-Studie von Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt, und Prof. Dr. Christian von Hirschhausen, Forschungsdirektor am DIW und Professor für Infrastrukturpolitik an der TU Berlin belegen die Machbarkeit einer Vollversorgung in Deutschland mit Erneuerbarer Energie. Die aufgeführte Dezentralität mit Bürgerbeteiligung ist dabei von entscheidender Bedeutung. Zentrale Strukturen wie der Trassenbau nach Bayern oder Wasserstoffimporte hemmen die Energiewende und sind kontraproduktiv. Werden beim Trassenbau 100% Erneuerbare Szenarien berücksichtigt oder würde ein dringend benötigter Ausbau der EE in Bayern die Netzplanung ändern?

**Geburtsdatum:**

1961-12-31

Kreisverband:

KV Diepholz

Themen:Energiewende,
Erneuerbare-Energien-Gesetz,
Gewerkschaftsarbeit,
Betriebsrätestärkungsgesetz**E-Mail:**

S.Holste-Hagen@web.de

Wir haben keine Zeit, Bundesländer von der Energiewende auszunehmen, um auf die Fertigstellung der Trasse zu warten. Die Energiewende findet im Verteilnetz und nicht im Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetz statt.

Seit 35 Jahren bin ich gewerkschaftlich organisiert. Zu Beginn meiner Berufstätigkeit haben wir in der Deutschen Postgewerkschaft gegen die Privatisierungspläne konservativ/liberaler Kräfte gekämpft. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, in die die DPG aufgegangen ist, setzt sich wie wir für gute Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und bezahlbaren Wohnraum ein. Hierzu ist unser Programm super aufgestellt. Wie allerdings ist zu beurteilen, dass in der Regel große Geldgeber oder Fonds in Pflegeeinrichtungen investieren, um große Renditen zu erwirtschaften? Gerade in der Pflege müssen andere Prioritäten gelten als Überschuss zu erwirtschaften. Dies wird in der Regel durch Rationalisierung von Pflegepersonal und damit einhergehender Einschränkungen in der Pflege realisiert. Wir können nicht zulassen, dass ein sozialer Auftrag aufgrund von Ökonomiegründen nicht entsprechend ausgeführt wird.

Und wie sieht es in der Arbeitswelt z.B. bei den Arbeitsbedingungen von Erntehelfern aus? Vielfach werden Saisonarbeiter nicht einmal krankenversichert und müssen von ihrem Lohn selbst minderwertige Unterbringungen zahlen. Auch in der Fleischindustrie lohnt es, sich die Arbeits- u. Wohnverhältnisse genau anzusehen. Hier brauchen wir Kontrolle, dass die grundgesetzlich geschützte Menschenwürde nicht routinemäßig verletzt wird. Insgesamt zeigt sich bei genauer Betrachtung, dass das Arbeitsrecht und die Mitbestimmung –wieder- oder immer noch- Stiefkinder des Rechtsstaates sind. Als Steuerungsinstrument kann hier das Betriebsrätesteuergesetz wirksam sein. Dieses Gesetz steht momentan im Koalitionsvertrag und soll nun zum Ende hin verhandelt werden. Doch erwarten wir keinen Durchbruch in der Sache, weshalb hier in der nächsten Legislaturperiode wohl nachverhandelt werden muss.

Wie hier nur kurz beschrieben, ich habe viel vor.

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen und Eure Unterstützung.

Biografisches:

2 erwachsene Söhne

Beamtin bei der Telekom, mittlerweile im Ruhestand

25 Jahre Selbständigkeit im fam. Unternehmen

Ehrenamtliches Engagement

10 Jahre Kommunalpolitik Stadtrat Twistringen

Im Vorstand Bürgerenergiegenossenschaft Bassum Twistringen

Im Vorstand Soziales Kaufhaus Fair-Kauf-Twistringen e.V.

Im Bündnis „Wir sind mehr“ gegen rechte, diskriminierende und rassistische Strömungen

In lokalen Klimabündnissen